

Geschäftsverzeichnisnr. 6673

Entscheid Nr. 103/2018  
vom 19. Juli 2018

ENTSCHEIDSAUSZUG

---

*In Sachen:* Vorabentscheidungsfrage in Bezug auf Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte, gestellt vom Arbeitsgericht Lüttich, Abteilung Dinant.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten J. Spreutels und A. Alen, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Snappe, J.-P. Moerman, E. Derycke, T. Merckx-Van Goey, P. Nihoul, F. Daoût, T. Giet, R. Leysen und J. Moerman, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten J. Spreutels,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

## I. *Gegenstand der Vorabentscheidungsfrage und Verfahren*

In seinem Urteil vom 9. Juni 2017 in Sachen Moïse Tilman gegen den Föderalen Pensionsdienst, dessen Ausfertigung am 12. Juni 2017 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Lüttich, Abteilung Dinant, folgende Vorabentscheidungsfrage gestellt:

« Verstößt Artikel 6 § 2 und § 1 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte, dahin ausgelegt, dass der Empfänger der Einkommensgarantie für Betagte, der allein wohnt, Anspruch auf einen erhöhten Betrag hat, während der Empfänger, der in einer Paargemeinschaft mit einer Person zusammenwohnt, die kein einziges Einkommen nachweist, den Basissatz erhält, gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, indem er den allein stehenden Empfänger und den Empfänger, der mit einer Person ohne Einkommen zusammenwohnt, unterschiedlich behandelt, während sowohl im einen als im anderen Fall diese Empfänger der Einkommensgarantie für Betagte die einzigen Empfänger eines Einkommens sind? ».

(...)

## III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Artikel 6 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte (nachstehend: Gesetz vom 22. März 2001), wie er durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2013 « zur Abänderung des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte » (nachstehend: Gesetz vom 8. Dezember 2013) ersetzt wurde und wie er auf die vor dem vorliegenden Richter anhängige Streitsache anwendbar ist, bestimmt:

« § 1er. Der Jahresbetrag der Einkommensgarantie beläuft sich auf höchstens [8.420,61 EUR (indexiert)].

Unbeschadet der Anwendung von Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels wird dieser Betrag dem Betreffenden gewährt, der die in den Artikeln 3 und 17 erwähnten Altersbedingungen erfüllt und denselben Hauptwohntort mit einer oder mehreren anderen Personen teilt.

Es wird davon ausgegangen, dass der Antragsteller und jede andere Person, die mit ihm gewöhnlich am selben Ort wohnt, denselben Hauptwohntort miteinander teilen.

Der gewöhnliche Wohnort geht aus der Eintragung in den Bevölkerungsregistern der Gemeinde des Wohnortes hervor.

§ 2. Für Empfänger, die ihren Hauptwohntort nicht mit einer oder mehreren anderen Personen teilen und die in den Artikeln 3 und 17 vorgesehenen Altersbedingungen erfüllen, wird der Koeffizient 1,50 auf den in § 1 erwähnten Betrag angewandt.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass folgende Personen, obwohl sie in den Bevölkerungsregistern unter derselben Adresse wie der Antragsteller eingetragen sind, denselben Hauptwohntort mit dem Antragsteller teilen:

1. minderjährige Kinder,

2. volljährige Kinder, für die Familienbeihilfen bezogen werden,

3° Personen, die im selben Alten- oder Alten- und Pflegeheim oder im selben psychiatrischen Pflegeheim wie der Antragsteller aufgenommen sind,

4° Verwandte und Verschwägerte in gerader absteigender oder aufsteigender Linie und ihre gesetzlich zusammenwohnenden Partner.

§ 3. Der Koeffizient 1,50 wird auf den in § 1 erwähnten Betrag angewandt für Empfänger:

1° die denselben Hauptwohntort wie ihr Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner haben, während dieser in einem Alten- oder Alten- und Pflegeheim oder in einem psychiatrischen Pflegeheim aufgenommen ist, das nicht sein Hauptwohntort ist, sofern die Empfänger diesen Hauptwohntort nicht mit einer oder mehreren Personen teilen, bei denen es sich nicht um Verwandte oder Verschwägerte in gerader absteigender oder aufsteigender Linie und deren gesetzlich zusammenwohnende Partner handelt oder um ein oder mehrere minderjährige Kinder oder um volljährige Kinder, für die Familienbeihilfen bezogen werden,

2° die denselben Hauptwohntort wie ihr Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner haben, während sie selbst in einem Alten- oder Alten- und Pflegeheim oder in einem psychiatrischen Pflegeheim aufgenommen sind, das nicht ihr Hauptwohntort ist,

3° die denselben Hauptwohntort wie ihr Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner haben, während sowohl sie selbst als auch ihr Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner in einem Alten- oder Alten- und Pflegeheim oder in einem psychiatrischen Pflegeheim aufgenommen sind, das nicht ihr Hauptwohntort ist.

§ 4. Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die Bedingungen festlegen, unter denen die Bestimmungen der Paragraphen 2 und 3 auf andere von Ihm bestimmte Kategorien von Personen ausgedehnt werden können.

§ 5. Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlass den in § 1 erwähnten Betrag erhöhen.

§ 6. Der in § 1 erwähnte Betrag ist an den Schwellenindex 103,14 (Basis 1996 = 100) gebunden und schwankt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 2. August 1971 zur Einführung einer Regelung, mit der Gehälter, Löhne, Pensionen, Beihilfen und Zuschüsse zu Lasten der Staatskasse, bestimmte Sozialleistungen, für die Berechnung bestimmter Beiträge

der Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu berücksichtigende Entlohnungsgrenzen sowie den Selbständigen im Sozialbereich auferlegte Verpflichtungen an den Verbraucherpreisindex gebunden werden.

§ 7. Der in § 1 erwähnte Betrag wird alle zwei Jahre angepasst. Zu diesem Zweck legt der König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass auf der Grundlage des Beschlusses, der in Ausführung von Artikel 6 oder Artikel 7 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 über die Beschäftigungsförderung und die vorbeugende Sicherung der Konkurrenzfähigkeit in Bezug auf die maximale Spanne der Lohnkostenentwicklung getroffen wird, den Aufwertungskoeffizienten fest ».

B.2. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit von Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung befragt, insofern er einerseits den Empfänger der Einkommensgarantie für Betagte (EGB), der allein wohnt und Anspruch auf einen erhöhten Betrag hat, und andererseits den Empfänger, der in einer Paargemeinschaft « mit einer Person [...], die kein einziges Einkommen nachweist, » zusammenwohnt und den Basissatz erhält, unterschiedlich behandelt, « während sowohl im einen als im anderen Fall diese Empfänger der [EGB] die einzigen Empfänger eines Einkommens sind ».

B.3. Die vor dem vorliegenden Richter anhängige Streitsache betrifft einen Kläger, dem die Einkommensgarantie verwehrt wurde, weil « die Summe [seiner] Pensionen und Mittel zu hoch ist ». Der Höchstbetrag der Einkommensgarantie, der für die Berechnung dieser Einkommensgarantie berücksichtigt wurde, war der in Artikel 6 § 1 des Gesetzes vom 22. März 2001 erwähnte Basisbetrag und nicht der erhöhte Betrag für einen Alleinstehenden, und zwar weil der Kläger seinen Hauptwohntort mit einer anderen Person teilt, die im vorliegenden Fall weder sein Ehepartner noch eine gesetzlich mit ihm zusammenwohnende Person ist.

In seiner Klageschrift ficht der Kläger diese Entscheidung an, indem er angibt, dass er mit einer Person zusammenwohnt, die keinerlei Einkommen bezieht und vollständig von ihm unterhalten wird. Aus den Elementen der Akte geht hervor, dass die im vorliegenden Fall für die Berechnung der Einkommensgarantie berücksichtigten Existenzmittel eine gesetzliche Pension sind.

*In Bezug auf die fragliche Bestimmung, und deren Kontext*

B.4.1. Das Gesetz vom 22. März 2001 ersetzt das Gesetz vom 1. April 1969 zur Einführung eines garantierten Einkommens für Betagte. Ebenso wie dieses Gesetz, durch das « Not leidenden älteren Personen » eine Zulage gewährt wurde (*Parl. Dok.*, Kammer, Sondersitzungsperiode 1968, Nr. 134/1, S. 3), bezweckt das Gesetz vom 22. März 2001, « einen Schutz gegen Armut bei älteren Personen zu bieten » (*Parl. Dok.*, Senat, 2000-2001, Nr. 2-636/3, S. 2). Dazu wird älteren Personen, die nicht über ausreichende Existenzmittel verfügen, eine finanzielle Hilfe gewährt.

B.4.2. Im Gegensatz zum Pensionssystem ist das System der Einkommensgarantie für Betagte ein Restsystem, das ein Mindesteinkommen garantiert, wenn die Existenzmittel der betreffenden Person sich als unzureichend erweisen. In Anbetracht dieser Zielsetzung werden für die Berechnung der Einkommensgarantie einerseits ein maximaler Jahresbetrag der Garantie in Abhängigkeit von der Situation des Empfängers, je nachdem, ob er seinen Hauptwohntort mit einer oder mehreren anderen Personen teilt oder nicht, und andererseits die Existenzmittel des Betreffenden berücksichtigt. Diese Elemente bestimmen nämlich die Notlage des Betreffenden.

B.4.3. Die Zielsetzung des Gesetzes vom 22. März 2001 besteht darin, die Einkommensgarantie für Betagte individuell zu gestalten, um « der gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen und in den Berechnungsregeln – unabhängig vom Zivilstand – eine Gleichbehandlung einzuführen, ohne hierdurch das traditionelle Familienmuster zu benachteiligen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2000-2001, DOC 50-0934/001, S. 6).

Was die individuelle Gestaltung der Rechte betrifft, ist nach Aussage des Ministers der Sozialen Angelegenheiten und der Pensionen zu unterscheiden zwischen einerseits der individuellen Gestaltung hinsichtlich der residualen Sozialhilferegelungen, wie der Einkommensgarantie für Betagte, und andererseits der individuellen Gestaltung hinsichtlich der sozialen Sicherheit und der Steuer (*Parl. Dok.*, Kammer, 2000-2001, DOC 50-0934/003, S. 21). Der Minister hat diesbezüglich Folgendes erklärt:

« In der sozialen Sicherheit werden die Rechte grundsätzlich bedingungslos gewährt, und die Gewährung hängt nicht von einer Prüfung der Existenzmittel ab, sondern vielmehr von den Beiträgen, die man in der Vergangenheit für die gleiche soziale Sicherheit geleistet hat. Die Debatte über die individuelle Gestaltung bezieht sich hier auf Rechte, die man den

betreffenden Einzelpersonen gewähren möchte auf der Grundlage ihrer Beiträge in der Vergangenheit und auf die Bestimmung der Gewährungsgrundlage. [...]

Die individuelle Gestaltung im Rahmen der residualen Sozialhilferegelungen findet auf einer anderen Ebene statt. Bevor diese Hilfe einer Person ausbezahlt wird, werden die anderen Existenzmittel geprüft, um die Notwendigkeit dieser Hilfe zurückzuverfolgen » (*Parl. Dok.*, Senat, 2000-2001, Nr. 2-636/3, S. 6).

Das Recht auf die Einkommensgarantie ist individuell gestaltet, sodass kein Betrag für ein Paar vorgesehen ist. Gegebenenfalls erhalten zwei Personen, die denselben Hauptwohntort teilen, wenn sie die Bedingungen erfüllen, um die Einkommensgarantie zu erhalten, jeweils « zwei identische individuelle Basisbeträge » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2000-2001, DOC 50-0934/001, S. 6).

B.5.1. In Artikel 6 des Gesetzes vom 22. März 2001 wird zwischen zwei Kategorien von Empfängern einer Einkommensgarantie für Betagte unterschieden: einerseits diejenigen, die ihren Hauptwohntort mit einer oder mehreren anderen Personen teilen, und andererseits diejenigen, die ihren Hauptwohntort nicht mit einer oder mehreren anderen Personen teilen. Für die erstere Kategorie ist in Artikel 6 § 1 ein Basisbetrag der Einkommensgarantie für Betagte vorgesehen, und für die letztere Kategorie bestimmt Artikel 6 § 2, dass ein Koeffizient 1,50 auf den vorerwähnten Basisbetrag angewandt wird, so dass für diese Kategorie ein erhöhter Basisbetrag gilt.

B.5.2. Aufgrund von Artikel 6 § 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 22. März 2001 wird davon ausgegangen, dass der Antragsteller und jede andere Person, die mit ihm gewöhnlich am selben Ort wohnt, denselben Hauptwohntort miteinander teilen. Der gewöhnliche Wohnort geht aufgrund von Artikel 6 § 1 Absatz 4 entweder aus der Eintragung in den Bevölkerungsregistern der Gemeinde des Wohnortes oder aus jedem anderen offiziellen oder administrativen Dokument, das die Existenz eines gemeinsamen Wohnortes bescheinigt, hervor.

Bei bestimmten Personen wird jedoch trotz des Umstandes, dass sie in den Bevölkerungsregistern unter derselben Adresse wie der Antragsteller eingetragen sind, aufgrund von Artikel 6 § 2 Absatz 2 gesetzlich davon ausgegangen, dass sie nicht denselben Hauptwohntort mit dem Antragsteller teilen, nämlich (1) minderjährige Kinder, (2) volljährige Kinder, für die Familienbeihilfen bezogen werden, und (3) Personen, die im selben Alten- oder Alten- und Pflegeheim oder im selben psychiatrischen Pflegeheim wie der Antragsteller

aufgenommen sind, und (4) Verwandte und Verschwägerter in gerader absteigender oder aufsteigender Linie und ihre gesetzlich zusammenwohnenden Partner.

Durch Artikel 6 § 3 wird der erhöhte Betrag der Einkommensgarantie außerdem bestimmten Kategorien von Empfängern gewährt, die in einem Alten-, einem Alten- und Pflegeheim oder in einem psychiatrischen Pflegeheim aufgenommen sind.

B.5.3. Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 bestimmt jeweils den maximalen jährlichen Basisbetrag der Einkommensgarantie für den Empfänger, der seinen Hauptwohntort mit einer oder mehreren anderen Personen teilt und den maximalen erhöhten Jahresbetrag, auf den ein Koeffizient 1,50 für den Empfänger angewandt wird, der seinen Hauptwohntort nicht mit einer oder mehreren anderen Personen teilt oder der seinen Hauptwohntort mit den verschiedenen in Artikel 6 § 2 Absatz 2 erwähnten Kategorien von Personen teilt, bei denen gesetzlich nicht davon ausgegangen wird, dass sie denselben Hauptwohntort teilen.

B.6.1.1. Was die Unterscheidung zwischen den Empfängern, die ihren Hauptwohntort mit anderen Personen teilen, und denjenigen, die dies nicht tun, hinsichtlich des maximalen Jahresbetrags der Einkommensgarantie betrifft, ist in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 22. März 2001 ausgeführt:

« L'article 6 fixe le montant de la garantie de ressources à 181.530 francs ou 4.500 euros (à l'indice 421,93) pour les bénéficiaires qui satisfont aux conditions d'âge et qui partagent la même résidence principale avec une ou plusieurs personnes. [...] Alors que jusqu'à ce jour, seul un des deux conjoints, à l'exclusion de l'autre, pouvait prétendre au revenu garanti au taux de ménage, chacun des deux conjoints pourra dorénavant prétendre à un droit individuel pour autant qu'il réponde aux conditions d'âge. Compte tenu de la référence au droit civil, quiconque partage le même lieu de résidence pourra en outre, indépendamment de la raison et de la nature de cohabitation, faire valoir un droit individuel. [...]

Compte tenu du fait établi que les frais fixes de la vie sont plus élevés pour un isolé que pour des bénéficiaires pouvant partager ces frais, il est proposé de majorer de 50 % le montant de base de la garantie de ressources pour les isolés [...].

Ce montant sera non seulement octroyé à l'isolé ' pur ', mais également aux personnes qui partagent une même résidence principale mais qui, pour des raisons médicales, sociales ou psychiques, ont dû être admises dans une maison de repos, une maison de repos et de soin ou dans une institution psychiatrique.

Le Roi peut étendre à d'autres personnes l'octroi de ce montant.

Le montant de base précité peut être majoré par arrêté pris en Conseil des ministres et est lié à l'indice des prix à la consommation. En outre le montant de base sera lié tous les deux ans à l'évolution du bien-être » (*Doc. parl., Chambre, 2000-2001, DOC 50-0934/001, pp. 9-10*).

« La proposition entend tenir compte de la réalité sociale et introduire dans les règles de calcul – indépendamment de l'état civil – une égalité de traitement, sans toutefois désavantager le modèle familial classique. Il en résultera une individualisation du droit à une garantie de ressources aux personnes âgées.

Dès que plusieurs personnes partagent le même lieu de résidence principale, elles pourront désormais - si elles satisfont toutes à la condition d'âge - prétendre à la garantie de ressources pour les personnes âgées. Dans un ménage de personnes mariées, ces deux montants de base individuels similaires sont plus élevés que l'actuel taux de ménage.

[...]

Des mesures de protection sont néanmoins prévues pour des bénéficiaires involontairement séparés de fait qui, pour des raisons de santé, sont placés dans une maison de repos ou une maison de repos et de soins ou dans une institution psychiatrique. Des situations particulières à préciser davantage peuvent également y être assimilées. Ils peuvent prétendre à un montant de base majoré de 50 %. Les isolés ' purs ' obtiennent également le taux de base majoré. En effet, on sait de ces catégories que les frais fixes sont significativement plus élevés que ceux des personnes qui, dans des circonstances normales, peuvent partager des frais communs » (*Doc. parl., Chambre, 2000-2001, DOC 50-0934/003, p. 5*).

B.6.1.2. In Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2013, der den Text des fraglichen Artikels 6 des Gesetzes vom 22. März 2001 ersetzt hat, wurde diese Unterscheidung zwischen den Empfängern, die ihren Hauptwohrt mit anderen Personen teilen, und denjenigen, die dies nicht tun, hinsichtlich des maximalen Jahresbetrags der Einkommensgarantie nicht abgeändert.

Durch diese Bestimmung wurden hingegen Personenkategorien in den Gesetzestext aufgenommen, mit denen der Empfänger zusammenwohnen kann, ohne dass davon ausgegangen wird, dass er seinen Hauptwohrt teilt (Artikel 6 § 2 Absatz 2). Diese Kategorien waren früher durch Artikel 1 des königlichen Erlasses vom 5. Juni 2004 « zur Ausführung von Artikel 6 § 2 Absatz 3 und Artikel 7 § 1 Absatz 3 und § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte » vorgesehen (seitdem aufgehoben durch den königlichen Erlass vom 7. Februar 2014 « zur Abänderung des königlichen Erlasses vom 23. Mai 2001 zur Einführung einer allgemeinen



Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte und zur Aufhebung des königlichen Erlasses vom 5. Juni 2004 zur Ausführung von Artikel 6 § 2 Absatz 3 und Artikel 7 § 1 Absatz 3 und § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte »).

B.6.2. Daraus ergibt sich, dass der Gesetzgeber für die « reinen Alleinstehenden » einen erhöhten Basisbetrag vorgesehen hat, weil die festen Lebenshaltungskosten für sie höher sind als für Empfänger, die diese Kosten mit den Personen, mit denen sie zusammenwohnen, teilen können. Der Gesetzgeber ist also davon ausgegangen, dass der Empfänger einer Einkommensgarantie für Betagte aus dem Teilen desselben Hauptwohnortes mit einer oder mehreren anderen Personen einen wirtschaftlich-finanziellen Vorteil erzielt, den Alleinstehende nicht genießen. Dieser Vorteil könnte darin bestehen, dass die Person, mit der derselbe Hauptwohntort geteilt wird, über Einkünfte verfügt, die es ihr ermöglichen, gewisse Kosten zu teilen, aber auch, dass der Antragsteller durch das Teilen desselben Hauptwohnortes mit anderen Personen gewisse materielle Vorteile genießen kann, so dass er geringere Ausgaben hat (vgl. Kass., 8. Oktober 1984, *Pas.*, 1985, I, S. 188).

B.7.1. Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 ermöglicht es so, den maximalen Jahresbetrag des garantierten Einkommens danach zu bestimmen, ob die Empfänger ihren Hauptwohntort mit anderen Personen teilen oder nicht.

Von diesem maximalen Jahresbetrag, d. h. dem Basisbetrag oder dem erhöhten Betrag, der in Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 erwähnt ist, werden anschließend die Existenzmittel und Pensionen des Betroffenen, die gemäß Artikel 7 des Gesetzes vom 22. März 2001 ermittelt werden, abgezogen.

In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 22. März 2001 wurde angeführt :

« L'imputation des ressources est d'application pour l'ouverture du droit à la garantie de ressources aux personnes âgées » (*Doc. parl.*, Chambre, 2000-2001, DOC 50-0934/003, p. 6).

B.7.2. Artikel 7 des Gesetzes vom 22. März 2001 bestimmt in der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Dezember 2013 ersetzten Fassung:

« § 1. Die Einkommensgarantie kann erst nach einer Untersuchung der Existenzmittel und Pensionen gewährt werden. Alle Existenzmittel und Pensionen gleich welcher Art oder

gleich welchen Ursprungs, über die der Betreffende oder sein Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner, mit dem er denselben Hauptwohntort teilt, verfügen, werden, abgesehen von den vom König vorgesehenen Ausnahmen, für die Berechnung der Einkommensgarantie in Betracht gezogen.

Für Personen, die in einer Gemeinschaft leben oder den Hauptwohntort mit anderen Personen als dem Ehepartner oder dem gesetzlich zusammenwohnenden Partner teilen, werden nur die Existenzmittel und Pensionen, über die der Antragsteller persönlich verfügt, in Betracht gezogen. Wenn der Betreffende die in Artikel 6 § 2 vorgesehenen Bedingungen erfüllt, werden nur die Existenzmittel und Pensionen, über die er persönlich verfügt, für die Berechnung der Einkommensgarantie in Betracht gezogen.

Der König bestimmt die Existenzmittel, die für die Berechnung der Einkommensgarantie nicht in Betracht gezogen werden.

§ 2. Der Gesamtbetrag der in § 1 erwähnten Existenzmittel und Pensionen wird nach Abzug der in den Artikeln 8 bis 10 und 12 erwähnten Befreiungen durch die Anzahl Personen geteilt, deren Existenzmittel und Pensionen gemäß § 1 für die Berechnung der Einkommensgarantie in Betracht gezogen werden, der Betreffende einbegriffen. Dieser Gesamtbetrag wird dem Betreffenden mitgeteilt.

In Abweichung vom vorhergehenden Absatz wird die Anzahl der minderjährigen Kinder und der volljährigen Kinder, für die Familienbeihilfen bezogen werden, - in beiden Fällen auf den ersten Grad der Verwandtschaft mit dem Betreffenden oder seinem Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner beschränkt - in den Nenner miteinbezogen, sofern diese Kinder im Bevölkerungsregister unter der Adresse des Betreffenden eingetragen sind.

Kinder, die durch eine gerichtliche Entscheidung beim Betreffenden oder bei seinem Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner untergebracht sind, für die Familienbeihilfen bezogen werden und die im Bevölkerungsregister unter der Adresse des Betreffenden eingetragen sind, werden ebenfalls in den Nenner miteinbezogen.

Das Resultat dieser Berechnung wird nach Abzug der in Artikel 11 erwähnten Befreiung je nach Fall von dem in Artikel 6 §§ 1, 2 oder 3 erwähnten Jahresbetrag abgezogen.

§ 3. Der König bestimmt, unter welchen Umständen und Bedingungen der in Artikel 6 § 1 erwähnte Betrag ohne erneute Untersuchung der Existenzmittel auf den in Artikel 6 §§ 2 oder 3 erwähnten Betrag angehoben wird.

§ 4. Für die Anwendung von § 1 Absatz 2 bestimmt der König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass, was unter 'in einer Gemeinschaft lebende Personen' zu verstehen ist ».

B.7.3. In der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Dezember 2013 ersetzten Fassung werden in Artikel 7 § 1 des Gesetzes vom 22. März 2001 die Existenzmittel und Pensionen gleich welcher Art unterschieden, die für die Berechnung des garantierten Einkommens je nach Rechtsstellung der Person, mit der der Betreffende denselben Hauptwohntort teilt, in Betracht gezogen werden. Alle Existenzmittel und Pensionen gleich welcher Art, über die der

Betreffende oder sein Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnender Partner, mit dem er denselben Hauptwohntort teilt, verfügen, werden, abgesehen von den vom König vorgesehenen Ausnahmen, für die Berechnung der Einkommensgarantie in Betracht gezogen (Artikel 7 § 1 Absatz 1), während, wenn der Betreffende – wie im vorliegenden Fall – seinen Hauptwohntort mit anderen Personen als dem Ehepartner oder dem gesetzlich zusammenwohnenden Partner teilt, nur die Existenzmittel und Pensionen, über die der Antragsteller persönlich verfügt, in Betracht gezogen werden (Artikel 7 § 1 Absatz 2).

B.7.4.1. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 8. Dezember 2013, durch das die Berücksichtigung der Existenzmittel grundlegend geändert wurde, ist angeführt:

« Le motif du présent projet de loi

L'une des innovations de la GRAPA était que, lors de la détermination du droit à une GRAPA, il est tenu compte de toutes les ressources et pensions, de quelque nature ou origine que ce soit, dont disposent l'intéressé et les personnes partageant le même lieu de résidence principale. Le total de ces ressources et pensions est, après déduction de toutes les immunisations, divisé par le nombre de personnes partageant le même lieu de résidence principale, en ce compris l'intéressé. Le résultat de ce calcul est déduit du montant de la GRAPA.

Dix années d'application de la loi du 22 mars 2001 ont toutefois prouvé que cet examen des ressources est souvent laborieux. Il peut s'écouler longtemps avant que l'on reçoive de toutes les personnes avec qui un bénéficiaire potentiel de GRAPA partage son lieu de résidence principale les données nécessaires relatives à leurs ressources. Il arrive aussi parfois que l'on refuse de mettre à disposition les informations nécessaires. Aussi longtemps que ces données sont manquantes, l'ONP ne peut prendre aucune décision sur le droit à la GRAPA.

De plus, le droit à une GRAPA doit à nouveau être examiné si une modification du nombre de personnes partageant le même lieu de résidence principale intervient. Ceci occasionne assurément de nombreuses tracasseries administratives et récupérations, surtout lorsqu'il y a des mouvements fréquents à une même adresse.

[...]

La réglementation actuelle sur la cohabitation conduit également à des abus dans un certain nombre de cas. Il arrive ainsi que des personnes ayant une pension élevée bénéficient quand même d'une GRAPA en cohabitant avec un nombre élevé de personnes (avec ou sans lien familial). On constate ainsi que des petits-enfants sont systématiquement inscrits à l'adresse de leurs grands-parents, afin que ces grands-parents puissent toucher une GRAPA. Pour mettre fin à cette pratique, une modification de la loi du 22 mars 2001 est également nécessaire.

## La nouvelle réglementation

Dans la nouvelle réglementation, on fait une distinction entre sept hypothèses :

a) Si le bénéficiaire d'une GRAPA habite seul, le montant majoré est octroyé. Lors de l'examen des ressources, il est uniquement tenu compte des ressources et des pensions du bénéficiaire lui-même.

C'est déjà la règle dans la législation actuelle. Cette situation ne subit aucune modification.

b) Si le bénéficiaire d'une GRAPA cohabite uniquement avec des parents ou alliés en ligne directe, en ce compris des parents très âgés cohabitants, le montant majoré est également octroyé. Lors de l'examen des ressources, il est uniquement tenu compte des ressources et des pensions du bénéficiaire lui-même.

Cette hypothèse est reprise de l'arrêté royal du 5 juin 2004 et élargie aux parents ou alliés en ligne directe ascendante. En outre, le partenaire cohabitant légal des parents ou enfants qui habitent avec le bénéficiaire de la GRAPA sera désormais assimilé à un allié.

c) Si le bénéficiaire d'une GRAPA cohabite avec un conjoint ou avec un partenaire cohabitant légal, le montant de base est alors octroyé. Lors de l'examen des ressources, il est tenu compte des ressources et des pensions des deux personnes. Leurs ressources et pensions sont totalisées et prises en considération pour la moitié (les ressources et pensions sont divisées par deux).

Dans la réglementation actuelle, cette hypothèse se limite aux bénéficiaires d'une GRAPA qui sont mariés. Désormais, elle s'appliquera aussi aux bénéficiaires d'une GRAPA qui cohabitent légalement. Ici aussi, des partenaires cohabitants légaux seront donc traités de la même manière que des conjoints cohabitants.

d) Si le bénéficiaire d'une GRAPA cohabite avec un tiers, c'est-à-dire une personne majeure qui n'est pas le conjoint ni le partenaire cohabitant légal et qui n'est pas non plus un ascendant ou descendant en ligne directe, le montant de base est octroyé. Lors de l'examen des ressources, il est uniquement tenu compte des ressources et des pensions du bénéficiaire lui-même.

Cette approche s'écarte fondamentalement de la pratique actuelle. À l'avenir, les ressources et les pensions de tiers qui partagent le lieu de résidence principale avec le bénéficiaire d'une GRAPA ne joueront plus aucun rôle. Ceci signifie entre autres que le refus d'un tiers d'accorder un droit de regard sur son patrimoine ne pourra plus empêcher l'octroi d'une GRAPA. En outre, les ressources et pensions du bénéficiaire de GRAPA ne seront plus additionnées avec les ressources et pensions de la personne avec qui le bénéficiaire partage le même lieu de résidence principale. La division par le nombre de personnes partageant le même lieu de résidence principale n'aura plus lieu. De ce fait, le montant de la GRAPA attribuée restera stable si le nombre de personnes partageant le même lieu de résidence principale augmente ou diminue.

e) Si le bénéficiaire d'une GRAPA habite uniquement avec une personne mineure d'âge ou avec un enfant majeur pour lequel des allocations familiales sont perçues, le montant

majoré est octroyé. Pour l'examen des ressources, il est uniquement tenu compte des ressources et des pensions du bénéficiaire lui-même.

C'est déjà la règle dans la législation actuelle. Cette situation est uniquement modifiée en ce qui concerne la prise en considération pour le dénominateur.

Afin de prévenir des abus par l'inscription de personnes mineures à l'adresse du bénéficiaire de GRAPA, les pensions et ressources du bénéficiaire de GRAPA sont, dans cette situation, divisées par 1 lors du calcul de la GRAPA. Une exception à cette règle est prévue. Le nombre d'enfants mineurs et/ou majeurs pour lesquels des allocations familiales sont perçues est repris dans le dénominateur, pour autant que ces enfants soient inscrits à la même adresse que l'intéressé dans les registres de la population et qu'il s'agisse des propres enfants ou des enfants adoptés, au premier degré par rapport à l'intéressé, son conjoint ou cohabitant légal. Il en est de même des enfants placés par une décision judiciaire (tutelle).

[...]

#### Les avantages de la nouvelle réglementation

En premier lieu, la nouvelle réglementation constitue une grande simplification pour les bénéficiaires d'une GRAPA. Ils pourront mieux que précédemment évaluer s'ils ont droit à une GRAPA et quel montant de GRAPA ils recevront. Un bénéficiaire d'une GRAPA sera également moins tributaire du bon vouloir de tiers lors de l'examen de son droit à une GRAPA. Il ne faut en effet plus se renseigner sur les ressources, sauf dans le cas où l'on cohabite avec un conjoint ou partenaire cohabitant légal. Le fait de devoir procéder à un examen des ressources et pensions dans un nombre de cas beaucoup plus restreint permettra également un traitement plus rapide des dossiers.

De plus, la nouvelle réglementation constitue également une grande simplification pour l'ONP. La réglementation actuelle qui consiste à diviser les ressources de tous les cohabitants par le nombre de cohabitants donne lieu à toute une série de tracasseries administratives avec des décisions successives, souvent négatives. Les dossiers pourront également être traités plus rapidement, eu égard, entre autres, au fait que moins de données seront réclamées auprès du SPF Finances. Enfin, la communication et la délivrance d'informations pourront se dérouler de manière beaucoup plus ciblée.

Pour conclure, quelques effets indésirables seront supprimés. Des personnes ayant un revenu relativement élevé ne pourront plus obtenir une GRAPA grâce à toutes sortes de pratiques administratives telles que l'inscription de petits-enfants à la même adresse. En outre, le présent projet de loi lève un obstacle à la solidarité familiale intergénérationnelle. Désormais, un bénéficiaire d'une GRAPA pourra accueillir ou garder ses parents à domicile, sans que cela ait pour autant un impact sur la GRAPA » (*Doc. parl.*, Chambre, 2012-2013, DOC 53-2953/001, pp. 5-9).

Bezüglich der faktisch Zusammenwohnenden werden in den Vorarbeiten auch « die obengenannten Schwierigkeiten, auf die man trifft, um die erforderlichen Daten über die Existenzmittel und Pensionen von allen Personen zu beschaffen, mit denen ein Antragsteller der EGB faktisch einen Hauptwohntort teilt, » unterstrichen (ebd., S. 12).

B.7.4.2. In dem Bericht ist ebenfalls erläutert, dass in dem Gesetzentwurf, der zu dem Gesetz vom 8. Dezember 2013 geworden ist, ein anderer Ansatz bei dem Begriff « Zusammenwohnen » vorgeschlagen wird:

« La garantie de revenus aux personnes âgées (GRAPA) constitue un droit individuel, dans le calcul duquel la cohabitation représente un aspect crucial, qui, d'une part, influence le montant maximum qu'une personne peut percevoir (le montant de base lorsque l'intéressé est considéré comme cohabitant ou le montant de base majoré lorsque l'intéressé est considéré comme vivant seul) et, d'autre part, détermine la forme de cohabitation des personnes dont les pensions et ressources doivent être prises en compte et le dénominateur à appliquer à la somme des pensions et ressources communes.

Dans le calcul actuel de la GRAPA, les pensions et ressources de tous les cohabitants sont additionnées et divisées par le nombre de cohabitants, y compris le demandeur de GRAPA.

Ce principe général emporte une conséquence importante : tous les cohabitants doivent participer à l'examen des ressources. Si ne fût-ce que l'un d'entre eux n'y participe pas, la GRAPA est refusée au demandeur de GRAPA. De plus, le droit à une GRAPA doit à nouveau être examiné si une modification du nombre de personnes partageant le même lieu de résidence principale intervient. Ceci occasionne assurément de nombreuses tracasseries administratives et récupérations, surtout lorsqu'il y a des mouvements fréquents à une même adresse.

[...]

Pour résoudre ce problème, la manière dont le diviseur est appliqué aux ressources est adaptée et, en ce qui concerne l'octroi du montant de base et le montant de base majoré, trois grandes situations se présentent. Par ailleurs, le régime applicable aux personnes qui séjournent en maison de repos ou en maison de repos et de soins est étendu.

[...]

b. Octroi du montant de base ou du montant de base majoré :

- le bénéficiaire d'une GRAPA qui va cohabiter avec un parent ou allié en ligne directe est considéré comme un isolé. La réglementation qui existait déjà pour la ligne directe descendante comme les enfants et petits-enfants est désormais étendue aux parents;

- celui qui cohabite avec une seule autre personne, à savoir le conjoint ou le cohabitant légal (donc pas un parent ou allié en ligne directe ascendante et/ou descendante), est considéré comme faisant partie d'un partenariat (ménage) dans lequel les frais et les revenus sont partagés. Le conjoint et le cohabitant légal sont donc désormais traités de la même manière;

- celui qui cohabite avec une seule autre personne qui n'est pas le conjoint ou le cohabitant légal et n'est pas non plus un parent ou allié en ligne directe ascendante et/ ou descendante, reçoit le montant de base. Seules les pensions et ressources personnelles sont

prises en compte. De cette manière, le demandeur n'est pas tributaire de la collaboration du ou des cohabitants » (*Doc. parl.*, Chambre, 2012-2013, DOC 53-2953/003, pp. 3-5).

B.7.5. Durch das Gesetz vom 8. Dezember 2013 wurde somit die Berücksichtigung von Existenzmitteln des Dritten – einer volljährigen Person, die weder der Ehepartner noch der gesetzlich zusammenwohnende Partner ist und die auch nicht ein Verwandter in gerader aufsteigender oder absteigender Linie ist –, mit dem der Antragsteller oder Empfänger zusammenwohnt, grundlegend geändert. Der Basisbetrag wird gewährt, aber « bei der Prüfung der Existenzmittel werden nur Existenzmittel und Pensionen des Empfängers selbst berücksichtigt » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2012-2013, DOC 53-2953/001, S. 6).

B.7.6. Artikel 15 des königlichen Erlasses vom 23. Mai 2001 « zur Einführung einer allgemeinen Regelung über die Einkommensgarantie für Betagte » wurde seitdem durch den königlichen Erlass vom 7. Februar 2014 ersetzt, um vorzusehen, dass die Untersuchung der Existenzmittel nunmehr nur noch den Antragsteller und seinen Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner betrifft.

### *Zur Hauptsache*

B.8.1. Wie in B.7 erwähnt, hat das Gesetz vom 8. Dezember 2013 die Berücksichtigung von Existenzmitteln des Dritten, der den Hauptwohntort des Empfängers der Einkommensgarantie teilt, grundlegend geändert.

Artikel 7 des Gesetzes vom 22. März 2001 in der durch das Gesetz vom 8. Dezember 2013 abgeänderten Fassung, der in der vorliegenden Vorabentscheidungsfrage nicht erwähnt ist, der aber dennoch für die Antwort auf die Vorabentscheidungsfrage relevant ist, berücksichtigt nur die Existenzmittel des Betroffenen, unter Ausschluss der Existenzmittel der Person, mit der er zusammenwohnt, wenn der Betroffene mit einer anderen Person als seinem Ehepartner oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner zusammenwohnt.

Daraus ergibt sich, dass die vom Gesetzgeber gewählte Option seit dem Gesetz vom 8. Dezember 2013 die ist, dass der Anspruch des Betroffenen auf die Einkommensgarantie nicht von den Existenzmitteln der Person abhängt, mit der er faktisch zusammenwohnt. Wie

in den in B.7.4 angeführten Vorarbeiten dargelegt ist, war der Gesetzgeber bestrebt, durch die Änderung der Berechnung der berücksichtigten Existenzmittel das Verfahren für die Betroffenen zu vereinfachen, dem in der Praxis und durch das Landespensionsamt festgestellten Missbrauch ein Ende zu setzen und zu verhindern, dass ein Empfänger « bei der Prüfung seines Anspruchs auf EGB vom guten Willen eines Dritten abhängig » ist (*Parl. Dok.*, Kammer, 2012-2013, DOC 53-2953/001, SS. 8-9; s. auch DOC 50-0934/005, S. 5), und hat so bekräftigt, dass die Einkommensgarantie ein individuelles Recht ist.

B.8.2. Insoweit sie einen unterschiedlichen maximalen Jahresbetrag festlegt, je nachdem, ob der Empfänger der Einkommensgarantie mit einer anderen Person zusammenwohnt oder nicht und vorbehaltlich der vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausschlüsse, ist die fragliche Bestimmung dadurch gerechtfertigt, dass bei dem Empfänger, der mit einer anderen Person zusammenwohnt, davon ausgegangen wird, dass er einen wirtschaftlich-finanziellen Vorteil aus dem Teilen des Hauptwohnortes zieht und daher also nicht mehr alle festen Kosten allein trägt.

In der Erwägung, dass faktisch zusammenwohnende Personen « eine Lebensgemeinschaft [...] bilden und [...] sich in einem gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis befinden », da das faktische Zusammenwohnen « eine affektive Gemeinschaft, die sich die Kosten teilt, » ist (*Parl. Dok.*, Kammer, 2012-2013, DOC 53-2953/001, S. 12), hat der Gesetzgeber eine Vermutung eingeführt, die sich generell aus dem Zusammenwohnen herleitet. Faktisch zusammenwohnende Personen können durch das Teilen des Hauptwohnorts mit einer anderen Person tatsächlich eine Reihe von Kosteneinsparungen erzielen und sind infolgedessen finanziell durch deren Präsenz bessergestellt, sei es, weil sie gewisse Kosten teilen können, sei es, weil sie gewisse materielle Vorteile genießen.

B.8.3. Die Verbindung der fraglichen Bestimmung mit Artikel 7 des Gesetzes vom 22. März 2001 in der durch das Gesetz vom 8. Dezember 2013 ersetzten Fassung hat zur Folge, dass im Fall des faktischen Zusammenwohnens das Vorhandensein von einer oder mehreren Personen, mit der oder denen der Betreffende seinen Hauptwohnort teilt, nur bewirkt, dass dadurch der maximale Betrag der Einkommensgarantie (Basisbetrag oder erhöhter Betrag) bestimmt wird, ohne dass darüber hinaus die finanzielle Situation der Person, mit der der Antragsteller der Einkommensgarantie zusammenwohnt, dessen Anspruch beeinflusst.



B.8.4. Im Hinblick auf die legitime Zielsetzung des Gesetzes vom 8. Dezember 2013, die in B.8.1 angeführt ist und die darin besteht, dass die finanzielle Situation der Person, mit der der Antragsteller der Einkommensgarantie zusammenwohnt, seinen Anspruch nicht beeinflusst und also nicht für die Bestimmung seines Anspruchs berücksichtigt wird, wäre es nicht vernünftig gerechtfertigt, dass die Existenzmittel dieser Person einerseits zur Bestimmung des maximalen Jahresbetrags der Einkommensgarantie, auf den der Antragsteller aufgrund seiner Eigenschaft als Zusammenwohnender oder Alleinstehender Anspruch erheben könnte, berücksichtigt werden können, während sie es andererseits zur Bestimmung der Existenzmittel des Antragsstellers nicht werden.

B.8.5. Diese Maßnahme hat keine unverhältnismäßigen Folgen, da die Person, mit der der Antragsteller der Einkommensgarantie zusammenwohnt, selbst in den Genuss insbesondere der Einkommensgarantie für Betagte (Basisbetrag) oder einer Sozialversicherungsregelung oder des Sozialhilfesystems kommen könnte, ohne dass dies das individuelle Recht des Antragstellers auf die Einkommensgarantie (Basisbetrag) beeinflusst.

Der Basisbetrag, auf den der Empfänger der Einkommensgarantie Anspruch hat, könnte somit zusammen mit jeglichen anderen etwaigen Existenzmitteln der Person, mit der er faktisch zusammenwohnt, bezogen werden.

B.9. Die Vorabentscheidungsfrage ist verneinend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Artikel 6 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte, wie er durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2013 « zur Abänderung des Gesetzes vom 22. März 2001 zur Einführung einer Einkommensgarantie für Betagte » ersetzt wurde, verstößt nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 19. Juli 2018.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) J. Spreutels